SPD Soziale Politik für Dich.

BERND RÜTZEL
sozial - kompetent - nah

BUNDESTAGSWAHL 2021
Erst- und Zweitstimme

NEWSLETTER JUNI 2021
FÜR AB, MIL, MSP & WÜ

Liebe Leserin, lieber Leser,

der Wonnemonat Mai war viel zu kalt. Der Regen war aber gut, denn unsere unterfränkische Heimat ist mit vielem gesegnet, allerdings nicht mit genügend Niederschlag. Für mich war das Wetter perfekt für meine vielen Verhandlungen mit der CDU/CSU in Sachen Lieferkettengesetz und Betriebsrätemodernisierungsgesetz. Viele Stunden und Tage rangen wir um unsere Anliegen. Es war echt zäh mit der Union, die vom Lieferkettengesetz nicht viel hält und auch nicht viel von Mitbestimmung. Aber der Knoten wurde durchgeschlagen und wir haben das Betriebsrätemodernisierungsgesetz im Bundestag beschlossen. Bei den Menschenrechten weltweit drehen wir noch ein paar Runden.

Gleichzeitig nimmt das Impfen an Fahrt auf und damit wird auch vieles wieder „normaler“. Dennoch gilt jetzt besondere Vorsicht. Routine ist oft kein guter Begleiter. Erst wenn die zweite Impfung vierzehn Tage alt ist und der Nachbar auch soweit ist, dann können wir aufatmen.

Apropos Nachbar: Auf einem Gebiet, das kleiner ist als Hessen, leben seit 70 Jahren Israelis und Palästinenser zusammen. Immer wieder kommt es zum Krieg. Die letzten 2 Wochen wurden bereits viel mehr Raketen auf Israel abgefeuert als im Krieg 2014. Es ist für mich selbstverständlich, dass sich Israel wehrt und sein Land verteidigt. Ich war zweimal in Israel und in den Westbanks unterwegs und bin jedes Mal mit mehr Fragen nach Hause gekommen, als ich hingefahren bin. Es muss eine Zwei-Staaten-Lösung geben. Dafür sollten wir streiten. Was mich sehr sorgt, ist der ansteigende Judenhass in Deutschland. Haben wir denn nichts gelernt? Jede Form von Antisemitismus muss auf Schärfste bekämpft werden.

Viel Spaß beim Lesen, Ihr Bernd Rützel

Seite 2: Klartext
Klimaschutz ja, aber bitte sozial

Seite 3: Armuts- & Reichtumsbericht
Wir brauchen neue Mehrheiten!

Seite 5: 1. Mai
Demonstrieren mit AHA-Regeln

Wahlkreisbüro Gemünden: Obertorstr. 13, 97737 Gemünden | Tel. 09351 6036563, Fax 09351 6058298 | bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de
Büro Berlin: Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin | Tel. 030 227 73434, Fax 030 227 76433 | bernd.ruetzel@bundestag.de
V.i.S.d.P.: Bernd Rützel, MdB | Obertorstr. 13, 97737 Gemünden | **www.bernd-ruetzel.de**

KLARTEXT

KLIMASCHUTZ JA, ABER BITTE SOZIAL

Die Grünen überbieten sich untereinander mit den höchsten CO_2-Preisen und die Union rennt hinterher. Natürlich brauchen wir anspruchsvolle Klimaziele, sie müssen aber sozial austariert und umsetzbar sein. Ich sage das nicht, weil ich den Umweltschutz nicht ernst nehme. Ich sage dies, gerade weil ich ihn als das wichtigste Anliegen unserer Generation erachte. Wenn die Grünen wollen, dass innerdeutsche Flüge verboten werden, dann ist das zu kurz gesprungen. Wenn wir Züge haben, die pünktlich sind und auch über Nacht mit Liege- und Schlafwagen wieder Ziele erreichen können, dann haben sich innerdeutsche Flüge erübrigt. Ich halte nichts von Verboten. Besseres Angebot ist das Gebot der Stunde. Gibt es da aber nicht wieder die vielen Initiativen gegen Eisenbahnlinien und Stromtrassen, gegen Straßen und Autobahnen? Doch, und deshalb ist das alles zwiespältig. Soll ich der Krankenschwester sagen, dass sie zum Dienst öffentliche Verkehrsmittel benutzen soll, wenn um dieses Uhrzeit überhaupt kein Bus fährt? Soll sie sich für viel Geld ein Elektroauto kaufen?

Ich bin überzeugt, dass wir über 2030 hinaus wichtige Zielmarken für mehr Klimaschutz festlegen können. Die SPD will das, die CDU/CSU war immer dagegen. Jetzt hat das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber an seine Verantwortung aus Art. 20a Grundgesetz erinnert, für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen – und deshalb bis Ende kommenden Jahres die Treibhausgasreduktion auch ab 2030 näher zu regeln. Genau das wollten wir bereits im aktuellen Klimaschutzgesetz festlegen. Doch die Union hat sich bis zuletzt dagegen gesperrt.

Die Union hat den Klimaschutz nicht auf der Agenda. Die Grünen sind zu radikal. Nur die SPD ist in der Lage, Klimaschutz sozial zu gestalten.

WISSEN FÜR DIE WESTENTASCHE

AUSGEZAHLTE CORONA-HILFEN: FAKTEN STATT FAKE-NEWS

Die IHK München Oberbayern, die in Bayern für die Bearbeitung der Anträge und die Auszahlung der Wirtschaftshilfen zuständig ist, hat Ende April 2021 eine aktuelle Übersicht über die bereits ausgezahlten Corona-Hilfen für die bayerische Wirtschaft veröffentlicht:

Bayerische Oktober-Hilfe:
1.045 Anträge
86 % (= 8 Mio. Euro) ausgezahlt

November-Hilfen:
65.317 Anträge
95% (= 1,08 Mrd. Euro) ausgezahlt

Dezember-Hilfen:
63.705 Anträge
91% (= 1,18 Mrd. Euro) ausgezahlt

Überbrückungs-Hilfe 1:
20.789 Anträge
100% (= 285 Mio. Euro) ausgezahlt

Überbrückungs-Hilfe 2:
31.707 Anträge
95% (= 465 Mio. Euro) ausgezahlt

Überbrückungs-Hilfe 3:
23.788 Anträge
74% (= 847 Mio. Euro) ausgezahlt

Neustart-Hilfe:
24.750 Anträge
77% (= 145 Mio. Euro) ausgezahlt

Gesamt:
230.000 Anträge eingegangen, 4 Mrd. Euro ausge-

Von meinem Bundestagskollegen Lothar Binding kann man so einiges lernen über Steuern, den Bundeshaushalt und die Schulden, die im Zuge der Corona-Pandemie deutlich mehr wurden als geplant. Mein Live-Gespräch mit ihm kann man sich auch jetzt noch anschauen. Hierzu einfach oben auf das Sharepic klicken.

BETRIEBSRÄTE IN DEUTSCHLAND: MEHR RECHTE, MEHR SCHUTZ

Überall, wo es Betriebsräte gibt, ist Arbeit sicherer. Aber diese Mitbestimmung wird immer noch in Frage gestellt, unterlaufen oder sogar aktiv verhindert. Dagegen setzen wir das Betriebsrätemodernisierungsgesetz (Foto unten direkt nach dem Beschluss des Deutschen Bundestages), das wir als SPD-Fraktion maßgeblich zusammen mit Hubertus Heil gestaltet haben: Ausweitung des vereinfachten Wahlverfahrens, mehr Schutz für Betriebsratsgründer*innen, mehr Mitbestimmung bei Weiterbildung und mehr Mitbestimmung bei mobiler Arbeit. Ausführliche Infos gibt es hier.

ARMUTS- UND REICHTUMSBERICHT: NEUE MEHRHEITEN FÜR EINE NEUE POLITIK

Der von Hubertus Heil vorgelegte 6. Armuts- und Reichtumsbericht zeigt: Die SPD hat in dieser Koalition viel erreicht. Aber für einen wirklichen Richtungswechsel brauchen wir andere Mehrheiten.

Was uns Corona vor Augen geführt hat, belegt der neue Armuts- und Reichtumsbericht jetzt mit Zahlen: Die Lebensverhältnisse entwickeln sich immer weiter auseinander. Jeder sechste Haushalt hat kein Vermögen für den Notfall. Und während es (auch durch den Mindestlohn) inzwischen Einkommenszuwächse gibt, sind immer noch zu viele Menschen in prekären und schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Besonders dramatisch ist dabei, dass der soziale Aufstieg immer weniger Menschen gelingt.

Die SPD-Fraktion hat es geschafft, die Folgen dieser Krise deutlich abzumildern: z. B. mit Kurzarbeitergeld, Kinderbonus und Grundrente. Doch um die Kluft in der Gesellschaft dauerhaft zu schließen, brauchen wir mehr: gut bezahlte, tarifgebundene Arbeit und eine gerechte Verteilung der Lasten und Investitionen in Bildung, Wohnungsbau und Klimaschutz. Das erreichen wir nur mit einem höheren Mindestlohn, einer Steuerreform, die untere und mittlere Einkommen entlastet und die oberen Einkommen heranzieht und mit einer Kindergrundsicherung, die die Familien unterstützt, die es auch wirklich brauchen.

MEINE REDEN IM PLENUM DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Mit Klick auf das Foto gelangen Sie auf meine Homepage. Dort finden Sie alle meine Reden als Video. Hier ein kurzer Überblick über meine Reden im Mai:

6. Mai: Betriebliche Mitbestimmung

In meiner Rede erläutere ich, warum der Gesetzentwurf von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil die Betriebsräte in Deutschland stärkt und die Neugründung von Betriebsräte erleichtert.

20. Mai: Neustart der Tourismus-Branche

Alexander von Humboldt soll gesagt haben: "Die gefährlichste Weltanschauung ist die Weltanschauung derer, die die Welt nie angeschaut haben". Mit diesem Satz habe ich meine Rede über den Tourismus-Neustart beendet. Es ist an der Zeit, dass wir wieder rauskommen und auf Reisen gehen. Ob und Wie das endlich wieder möglich wird, war Thema der Debatte.

Diese Rede übrigens war meine 50. Rede in dieser Legislaturperiode. Das ist eine stattliche Zahl. Sie zeigt, dass insbesondere die Themen aus „meinem“ Ausschuss Arbeit und Soziales im Mittelpunkt unserer parlamentarischen Arbeit als SPD-Fraktion stehen.

Und diese Zahl zeigt auch, dass ich bei vielen wichtigen Themen als Berichterstatter meiner Fraktion in vorderster Reihe stehe und als solcher dann auch diese Themen im Plenum des Deutschen Bundestages für meine Fraktion vertreten darf. Das macht mich stolz - und es treibt mich an.

2 MILLIARDEN FÜR UNSERE KINDER

Mit einem großen Aktionsprogramm unterstützen wir Kinder und Jugendliche dabei, pandemiebedingte Lernrückstände wieder aufzuholen.

Und weil so viele Kontaktmöglichkeiten zu Freund-*innen und Klassenkammerad*innen weggebrochen sind, brauchen sie auch neue Angebote für Ferien, Freizeit und Sport. Wo Eltern das nicht bezahlen können, werden sie künftig finanziell unterstützt.

Mit dem nun beschlossenen Aufholprogramm geben wir Schüler*innen die Unterstützung bei der Bewältigung und Rückkehr in den Schulalltag, die sie dringend benötigen: Damit Lernwerkstätten und Sommercamps sowie unterrichtsbegleitende Fördermaßnahmen stattfinden können, braucht es mehr Personal, das bezahlt werden muss. Dafür stellen wir nun Mittel bereit, um die Bundesländer, die eigentlich dafür zuständig sind, auch hierbei zu unterstützen. Mehr dazu mit Klick auf das Foto!

Tagesaktuelle Infos:

www.bernd-ruetzel.de

www.facebokk.com/BerndRuetzelMdB

ONLINE-VERANSTALTUNG: SEELSORGE UNTER PANDEMIEBEDINGUNGEN

Zusammen mit der SPD-Landtagsabgeordneten Diana Stachowitz habe ich anlässlich des 3. Ökumenischen Kirchentags im Mai online über das Thema Seelsorge in Corona-Zeiten gesprochen. Mit dabei auch Dagmar Knecht, Gemeindeseelsorgerin in München und Pfarrer Claus-Philipp Zahn. Mit Diana verbindet mich nicht nur die Arbeitsmarktpolitik, die sie im Landtag schwerpunktmäßig bearbeitet. Mit ihr zusammen halte ich den Kontakt zu den Kirchen in Bayern. Mit dem Klick auf das Foto können Sie das Online-Gespräch anschauen.

700.000 EURO FÖRDERUNG FÜR HISTORISCHE SINNBRÜCKE

Mitte Mai hat der Haushaltsausschuss 700.000 Euro dafür freigegeben, damit die 300 Jahre alte Sinnbrücke bei Schaippach saniert werden kann. Mit dem Bundeszuschuss können die Sanierungspläne jetzt endlich konkretisiert werden. Mehr dazu mit Klick auf das Foto:

CORONAKONFORM DEMONSTRIERT: 1. MAI IN LOHR

Zusammen mit dem DGB und seinen Einzelgewerkschaften haben wir in Lohr die 1. Mai-Kundgebung abgehalten. Man kann auch mit Maske und Abstand demonstrieren. Allen Kolleginnen und Kollegen gilt mein herzlichster Dank für diese eindrucksvolle Kundgebung unter erschwerten Bedingungen.

Tagesaktuelle Infos:

www.bernd-ruetzel.de

www.facebokk.com/BerndRuetzelMdB

DAS ZUKUNFTSPROGRAMM

Wofür wir stehen. Was uns antreibt. Wonach wir streben.

Wahlkampf-Workshops zur Bundestagswahl

Wir haben echt was vorzuweisen und müssen sprachfähig dazu sein.

Strategie - Kandidat - Programm

Di, 13. Juli, 19:30 Uhr

Für diesen Termin HIER KLICKEN und schon bist Du online mit webex dabei. Wer nur telefonisch dabei sein will: +49-619-6781-9736

Do, 15. Juli, 19:30 Uhr

Für die Online-Konferenz an diesem Termin HIER KLICKEN. Telefonisch dabei sein unter: +49-619-6781-9736

Ich freue mich auf den Austausch mit Dir!

Dein Bernd Pätzold

Martina Fehlner

Landtagsabgeordnete
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost, Main-Spessart und Miltenberg

Sprecherin für Tourismus-, Forst- und Medienpolitik der SPD-Landtagsfraktion

Liebe Leserinnen & Leser,

endlich gibt es wieder eine Perspektive für den bayerischen Tourismus: Auf die Öffnung der Außengastronomie folgten Öffnungen von Hotels, Ferienwohnungen und Campingplätzen – zumindest in Regionen mit einer stabilen Inzidenz von unter 100.

Wir Abgeordneten der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag begrüßen den Neustart für den Tourismus ausdrücklich. Wir hatten über die vergangenen Corona-Monate immer wieder verbindliche Öffnungskonzepte und mehr Unterstützung für die Tourismusbranche gefordert – welche immerhin einer unserer wichtigsten Wirtschaftszweige ist. Die monatelang anhaltende, zermürbende Unsicherheit darüber, wann und unter welchen Bedingungen ein Wiederhochfahren möglich sein würde, war für die Betriebe äußerst belastend und verstärkte bestehende Existenzängste zusätzlich. Auch weiterhin bleiben viele Unsicherheiten bestehen – sowohl für Betriebe als auch für Urlauber. Denn während die Öffnungen kurzfristig verkündet wurden, sind zentrale Rahmenbedingungen weiterhin völlig unklar.

Für mich und meine Fraktion ist diese Art der Vorbereitung nicht akzeptabel, weil die Betriebe, die praktisch von jetzt auf gleich hochfahren mussten, sich vor gewaltige Herausforderungen gestellt sehen. Vor allem aber, weil dadurch eine nachhaltige Öffnung gefährdet ist.

In einem Dringlichkeitsantrag hatten wir gefordert, die Rahmenbedingungen unverzüglich vorzulegen – von der Teststrategie für Hotels bis hin zu den Hygienekonzepten. Eine zweite Forderung geht dahin, dass Kommunen, touristische Einrichtungen und Betriebe ausreichend unterstützt werden müssen. Nur so kann ein reibungsloser und sicherer Start gelingen.

Man kann sich ausmalen, was bei schönem Wetter in den Orten, in denen die Biergärten und Gästeterrassen öffnen, los sein wird. Dort brauchen wir unbedingt ausreichende und kostenfreie Testmöglichkeiten und die digitale Nachverfolgung muss unbedingt funktionieren. Gastronomen müssen, wo nötig, ausreichend Unterstützung durch die Ordnungsämter abrufen können.

Bei all der Freude über die Möglichkeit, auch endlich wieder ein paar Urlaubstage verbringen zu können, ist weiterhin Achtsamkeit geboten. Deshalb ist gerade in Urlaubsregionen mit hohem Besucheraufkommen eine gut funktionierende Besucherlenkung unabdingbar.

Nun hoffen wir, dass die positive Entwicklung beim Infektionsgeschehen anhält, Erholung im eigenen Land wieder möglich ist und auch die vielen touristischen Betriebe ein stückweit wieder aufatmen können.

Herzlichst,

Ihre/Eure Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buergerbuero@martina-fehlner.de

Volkmar Halbleib

Landtagsabgeordneter für WÜ-Land

Betreuungsabgeordneter für WÜ-Stadt, Stadt und Landkreis Schweinfurt sowie die Landkreise Bad Kissingen, Haßberge, Kitzingen und Rhön-Grabfeld

ZUM TAG DER STÄDTEBAUFÖRDERUNG: STARKE INNENORTE FÜR EINE LEBENSWERTE ZUKUNFT IN MAINFRANKEN

Liebe leserinnen & Leser,

seit 50 Jahren unterstützen Bund und Freistaat Bayern die Entwicklung der bayerischen Kommunen mithilfe von verschiedenen Förderprogrammen bei der städtebaulichen Entwicklung. Zugleich feiert die Dorferneuerung in Bayern als Gemeindeentwicklungsprogramm für kleinere Gemeinde 2021 40-jähriges Jubiläum. Das Doppeljubiläum der 1971 von der SPD initiierten Städtebauförderung und der Dorferneuerung ist für mich Anlass, über die Bilanz der Förderung, aber auch über die aktuellen Herausforderungen in einer Online-Veranstaltung zu diskutieren. Vor allem die Themen Innenentwicklung statt Flächenverbrauch, demographischer Wandel, Anpassung an den Klimawandel und Gestaltung der Verkehrswende treiben viele Kommunen um.

Gerade in Mainfranken sind diese Aufgaben in den vergangenen Jahren immer drängender geworden. Viele Städte, Märkte und Gemeinden hätten ohne Städtebauförderung und Dorferneuerung die strukturellen Veränderungen nicht so gut bewältigt. Beide Instrumente sind nicht wegzudenken, müssen aber auch an die aktuelle Situation angepasst werden.

Während Städte mit knappem Wohnraum und hohen Bodenpreisen kämpfen, stehen auf dem Land Häuser leer und Ortskerne entvölkern. Wir brauchen deshalb mehr Innenentwicklung statt Flächenverbrauch am Ortsrand. Wer Leerstand nutzt, kann neue Flächenversiegelungen verhindern. Aber nach wie vor werden zu viele neue Bauflächen ausgewiesen. Flächenschonend zu planen kann nur Erfolg haben, wenn nicht der Nachbarort neue Bauplätze ausweist. Attraktive Innenortgestaltung mit Hilfe der staatlichen Förderung kann das Flächen-Sparen zusätzlich unterstützen, durch hohe Wohn- und Aufenthaltsqualität rundum schön gestalteter Dorfplätze oder wieder instandgesetzte, ortsbildprägende Gebäude.

2020 war ich zu Gast in Thüngersheim (Lkr. Würzburg), einem Ort, der von der Städtebauförderung profitieren konnte.

Sorgen machen mir aktuell jedoch nicht fehlende Fördermittel von Bund und Land, vielmehr lassen die finanziellen Auswirkungen der Corona-Krise mittlerweile viele Kommunen bei größeren Investitionen auf die Bremse treten. Wir sollten den Gemeinden Mut machen, gerade jetzt in die Zukunft zu investieren.

Für die Zukunft ist auch eine generell bessere Finanzausstattung der Kommunen notwendig sowie ein Verknüpfen der Förderung an klare Vorgaben, um das wichtige Ziel „Innen- vor Außenentwicklung“ zu stärken.

Ihr/Euer

Volkmar Halbleib

Bürgerbüro Volkmar Halbleib, MdL
Semmelstraße 46, 97070 Würzburg
Tel: 0931 59384 | Fax: 0931 53030
buergerbuero-halbleib@t-online.de